

WORKSHOP

#6

## INTERESSENVERTRETUNG UND DEMOKRATIE

*Zehn Anmerkungen*

*Andreas Kuhlmann*

*„Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die Fragen des Umweltschutzes, und ich bleibe dabei, wo kämen wir sonst hin, wo bliebe unsere Glaubwürdigkeit? Eins steht doch fest, und darüber gibt es keinen Zweifel, wer das vergisst, hat den Auftrag des Wählers nicht verstanden..“*

*(Loriot, Bundestagsrede)*

### **1. Ohne Interessenvertretung keine Demokratie**

Demokratie lebt vom Wettstreit der Meinungen und vom Ausgleich der Interessen. Das Werben um Mehrheiten ist ein wesentlicher Bestandteil unserer politischen Ordnung. Die Überzeugungen und Interessen des Einzelnen bekommen vor allem dann ein Gewicht, wenn sie gebündelt vorgetragen werden und die Zustimmung vieler finden. Im politischen Wettbewerb der Parteien ist das der Kampf um Mehrheiten für Positionen und um Wählerstimmen. Außerhalb der unmittelbaren Parteienlandschaft wird dieser Prozess als Interessenvertretung oder Lobbyismus bezeichnet. Für alle gemeinsam gilt: Wer plausible Argumente hat und für seine Argumentation Vertrauen findet, ist im Vorteil. Professionelle Arbeit ist Grundvoraussetzung, um an diesem Wettstreit teilnehmen zu können. Nur so ist ein Ausgleich der Interessen zum Wohle unserer Gesellschaft möglich, auf dem unser demokratisches System aufgebaut ist. Und das ist auch gut so.

### **2. Lobbyismus ist keine Mauschelei**

Lobbyismus gehört zu jeder Demokratie, er ist ein wichtiges Element im Streben nach Interessenausgleich. Aber er darf sich nicht als 5. Gewalt gerieren oder in der Öffentlichkeit so wahrgenommen werden. Das gilt für zivilgesellschaftliche Organisationen gleichermaßen wie für Wirtschaftsverbände. Wer auf Intransparenz und auf Mauscheleien am Wähler und an deren gewählten Vertreterinnen und Vertretern vorbei unkontrollierbaren Einfluss auf die politischen Entscheidungen auszuüben versucht, beschädigt sein Anliegen. So kann Schaden entstehen für das Ansehen der Parlamentarischen Demokratie insgesamt. Wer transparente und legitimierte Vertretung von Interessen fälschlicherweise diskreditiert, schadet allerdings ebenfalls den demokratischen Strukturen einer Gesellschaft.

### **3. Das Zauberwort heißt Transparenz**

Wie ein Ausgleich der Interessen zustande kommt, welche Prozesse dahinterstecken und wer sich aus was für Gründen daran beteiligt, muss erkennbar und nachvollziehbar sein. Nur so kann das Vertrauen in das Prinzip des demokratischen Interessenausgleichs erhalten bleiben. Daher sind Maßnahmen wie z.B. ein Lobbyregister im Bundestag unterstützenswerte Instrumente.

### **4. Energiewirtschaft ist hochkomplex – Energiepolitik daher auch**

Energiewirtschaft muss mehreren Zielen zeitgleich gerecht werden: gesellschaftliche Grundbedürfnisse sollen zu einem nicht zu hohen Preis abgedeckt werden. Dies soll aber so geschehen, dass Klima und Umwelt nicht darunter leiden. Das macht Entscheidungen für Politik nicht einfach. Vor allem deshalb, weil politische Vorstellungen und Ziele mit den technischen und wirtschaftlichen Realitäten in Einklang zu bringen alles andere als eine simple Aufgabe ist.

Komplexität ist oft der Feind von Transparenz. Interessenvertretung hat daher auch die Aufgabe, sich als gesellschaftspolitischer Akteur in die Debatte einzubringen. Dabei muss der Versuch unternommen werden, vorhandene Komplexität verständlich zu machen. Das Zugrundelegen von nachvollziehbaren Daten und Fakten muss dabei im Vordergrund stehen.

Parlament und Regierung dürfen – nein, müssen sich bei bestimmten Sachfragen Rat bei externen Experten einholen. Wir leben in einer hochkomplexen Welt, in der auch für eine Regierung gilt: man kann nicht alles selber wissen. Dabei besteht generell die Gefahr, dass dieser Rat nicht „lupenrein interessenfrei“ in die Prozesse eingebracht wird. Es besteht zudem die Möglichkeit, dass unterschiedliche Akteure die Einbringung von Interessen in eine solche Diskussion unterschiedlich bewerten. Auch hier erscheint als bester Ansatz: Transparenz schaffen.

Klar ist aber auch: Wenn komplexe Beratungsprozesse unter Hochdruck durch die Entscheidungsstrukturen geschickt werden und die eigentlich vorgesehene öffentliche Anhörung von Interessen zur Farce verkommt, ist eine strukturierte Einbeziehung von Interessen in den gesetzgeberischen Gestaltungsprozess nicht mehr möglich. Das führt zu zweierlei Konsequenzen: 1. Schlechtere Gesetze. 2. Gesellschaftliche Akteure müssen sich nach anderen Wegen umschauen, ihre Interessen zu platzieren.

## **5. Brancheninteressen versus Partikularinteressen**

Der BDEW vertritt die Interessen der Energie- und Wasserwirtschaft. Wir sind Branchenverband und vertreten die gebündelten Interessen der Branchen, die bei uns organisiert sind. Die Entscheidungsprozesse sind komplex, denn es gilt dabei, rund 1800 Unternehmen zusammen zu bringen. Knapp 200 Gremien, die mehrmals im Jahr tagen, sorgen dafür, die unterschiedlichen Einzelinteressen (Partikularinteressen einzelner Unternehmen) zu konsensfähigen Vorschlägen zusammen zu führen. Das ist anstrengend. Demokratie ist anstrengend.

Auch in der Energie- und Wasserwirtschaft gibt es eine Vielzahl von Verbänden und Akteuren, die Interessen in den politischen Raum einbringen wollen. Es liegt an der Politik zu entscheiden, ob sie sich an Partikularinteressen einzelner Spartenverbände oder an den gebündelten, abgewogenen Brancheninteressen orientieren will.

In der Politik müssen Interessen so in Einklang gebracht werden, dass die gesamte Gesellschaft davon langfristig profitiert. Das gelingt jedoch nur, wenn Interessen gebündelt werden. Dies bei tendenziell steigender Komplexität branchenweit sicherzustellen, das ist eine der Kernaufgabe des BDEW.

## **6. Die Kraft der einen Meinung**

Viele Beobachter sehen in der Heterogenität großer Wirtschaftsverbände eine Schwäche. Auch der BDEW wurde von der Presse mal als „Gemischtwarenladen der Branche“ bezeichnet. Bezeichnenderweise gibt es andererseits vielerorts ein Klagen über die Partikularisierung von Politik und Interessen.

Als integrierter Verband der Energie- und Wasserwirtschaft über alle Unternehmensformen, Sparten- und Wertschöpfungsstufen hinweg bündeln wir verschiedene Interessen und wahren doch als Branchenverband der Versorgungswirtschaft das notwendige kritische Maß an Homogenität – auch wenn das immer wieder neuer Anstrengung bedarf. Der Verband organisiert Diskussionsprozesse und wird damit einer seiner gesellschaftspolitischen Aufgaben gerecht. Der Lohn dieser Anstrengung ist „die Kraft der einen Meinung!“. Damit wiederum wird der Verband seinem Anspruch an eine professionelle Arbeit gerecht.

### ***7. Verbände müssen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen***

Die Wirtschaft ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft. Wirtschaftsverbände müssen sich dieser Verantwortung bewusst sein. Der BDEW versteht sich daher auch als gesellschaftlicher Akteur, der nicht nur die ökonomischen Interessen seiner Mitglieder im Auge haben muss, sondern auch gesamtgesellschaftliche Interessen wie z.B. eine wirksame Bekämpfung des Klimawandels oder die dauerhafte Sicherstellung der Versorgungssicherheit bei ökonomisch sinnvollen Preisen.

Gesellschaftliche Verantwortung übernehmen heißt auch, schwierige Diskussionsprozesse innerhalb einer Branche zu führen. Wer sich vor kritischen Diskussionen dauerhaft drückt, nimmt seine Funktion als Brücke zwischen Politik und Branche nur in eine Richtung wahr. In diesem Sinne ist sicher auch die Diskussion zu nennen, die innerhalb des BDEW über die zukünftige Nutzung der Kernenergie geführt wurde und die am 8. April 2011 zu einer gewichtigen Neupositionierung geführt hat.

### ***8. Verbände organisieren einen bedeutsamen Teil des politischen Meinungsbildungsprozesses***

Wirtschaftsverbände als Vertreter von Brancheninteressen werden auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, denn sie organisieren branchenweite Konsenslösungen und bündeln Themen und Meinungen als Ansprechpartner für die Politik. Damit erfüllen Sie eine Forderung der Politik, die Zahl der Ansprechpartner überschaubar zu halten. Das ist eine wichtige Dienstleistung, die für den gesellschaftlichen Interessenausgleich eine wichtige Rolle spielt. Ohne Verbände und die organisierte Zivilgesellschaft würde es für die politischen Akteure auf allen Ebenen deutlich schwieriger, im Sinne des Gemeinwohls die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Verbände organisieren damit einen bedeutsamen Teil des politischen Meinungsbildungsprozesses.

### ***9. Transparenz kommt nicht von selbst – sie muss strukturell organisiert werden***

Eine Möglichkeit: Verhaltensrichtlinien nicht nur für Abgeordnete und Mitarbeiter der Ministerien. Ein Verhaltenskodex für und von Lobbyisten kann ein starkes Signal sein. Auch sogenannte legislative footprints können sinnvoll und umsetzbar sein. Bei jedem Gesetz könnte eine Liste derjenigen Institutionen veröffentlicht werden, die an dem Gesetzgebungsverfahren

mitgewirkt haben, z.B. durch Stellungnahmen, Anhörungen oder andere Dienstleistungen wie z.B. durch Anwaltskanzleien. Auch ein Lobbybeauftragter im Bundestag wäre eine Option, um sowohl das Verhalten der Abgeordneten, als auch das der Interessenvertreter zu begutachten.

### ***10. Last but not least: Politik entscheidet!***

In einer Demokratie gilt und muss gelten: Politik entscheidet! Nicht Greenpeace, nicht der BDEW, nicht die Kirchen, nicht der BDI, nicht Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände. Wer aus der Politik kommt und Missbrauch von Verbänden anprangert, zeigt immer auch auf sich selbst. Am Ende müssen alle demokratischen Akteure sich auf akzeptable Verhaltensweisen verpflichten, das ist selbstverständlich. Aber auch diese Selbstverständlichkeit kann nicht dazu führen, dass Politik sich nicht zu der Verantwortung für die Gestaltungshoheit bekennt.

Auch in der Energiewirtschaft gilt: Einflussnahme hinter verschlossenen Türen ist nicht nur nicht mehr zeitgemäß – er ist für diejenigen, die ihn noch betreiben, zunehmend schädlich. Eine moderne Interessenvertretung agiert offen und nachvollziehbar. Darauf sollte Politik achten, wenn Sie nach Grundlagen für ihre Entscheidungen sucht.

*Andreas Kuhlmann arbeitet als Geschäftsbereichsleiter Strategie und Politik beim BDEW*